

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

N^o 1.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.
Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Klein, Hannover.
Druck von Dörcke & Löber, Hannover.

Hannover,
1. Januar 1904.

Abonnementspreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.
20 Pf. — Geschäfts-Zusätze: die sechsgep. Beilage
30 Pf., 6. Wiederb. Abant. und Zusätze die Beilage 20 Pf.

14. Jahrg.

Paragraph 616 Bürg. Ges.-B. in „anderer“ Auslegung.

Vor der Kammer VII des Berliner Gewerbegerichts klagte der Hausdiener S. unter Berufung auf § 616 von dem Kaufmann W. den Lohn für drei Tage ein, an welchen er krankheitshalber nicht arbeitete. S. für den Kündigungsausschluß galt, vor am dritten Tag der Krankheit entlassen worden. Die Kammer VII des Gewerbegerichts wies den Kläger nach dem „Vorwärts“ mit folgender Begründung ab:

„An sich könnte S. einen Anspruch auf § 616 stützen, wenn hier die drei Tage vor seiner definitiven Entlassung als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs angesehen wäre. Es handle sich hier um eine Tats. und Auslegungsfraage. Das Gericht könnte nun aber mit Rücksicht darauf, daß das Arbeitsverhältnis bei dem Ausschluß der Kündigungsfrist jeden Tag gelöst werden konnte, im vorliegenden Falle die drei Tage nicht als eine solche „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ ansehen, denn diese Zeit betrage die dreifache Dauer der Kündigungsfrist. Kläger sei daher mit seinem Lohnanspruch für die drei Tage, wo er infolge Krankheit an der Dienstleistung verhindert sein wolle, abzumweisen.“

So die Begründung des Urteils. Versetzen wir uns in den Gedankengang dieser Begründung, so ist zu bemerken, daß eine dreitägige Krankheit nicht nur die dreifache Dauer der „Kündigungsfrist“ bei Ausschluß derselben beträgt, sondern die vierhundertfache, denn eine Kündigungsfrist kann bei Ausschluß der Kündigung doch überhaupt nicht bestehen. Wenn es richtig ist, daß bei Kündigung oder Entlassung unter Tage der Tag voll bezahlt werden muß, so ist damit noch nicht gesagt, daß bei Ausschluß der Kündigung die Kündigungsfrist einen Tag beträgt. Im allgemeinen ist es so, daß bei Ausschluß der Kündigung der Entlassungsakt auf die Minute des Feierabendglockenschlages verlegt wird, und dieses sowie der Wortlaut des Kündigungsausschlusses schließen eine Kündigungsfrist überhaupt aus. Demnach ist es richtig, daß nach dieser Begründung schon eine halbe Stunde Krankheit als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ nicht mehr angesehen werden kann und auch nicht mehr bezahlt werden braucht. Das erscheint zwar späßig, aber nach der Deduktion der betreffenden Kammer des Berliner Gewerbegerichts muß man zu dieser Schlussfolgerung kommen. Der seltsame Geheimrat Plank würde sich gewiß im Grabe umdrehen, wenn er diese Begründung hören würde.

Aber selbst wenn wir bei Ausschluß der Kündigung das Vorhandensein einer Kündigungsfrist von einem Tage gelten lassen wollten, so versteht es sich nicht nur gegen die Motive des auf sozialpolitischen Rücksichten und humanitären Gründen beruhenden Gesetzes, sondern ist auch mit dem Wortlaut des § 616 B. G. B. nicht in Einklang zu bringen, wenn man die Verhältnismäßigkeit oder Unverhältnismäßigkeit der Krankheitsdauer nach der Kündigungsfrist bemißt. Wäre dieses recht, dann bräuchten die Scharfmacherverbände sich gar keine Kopfschmerzen bezüglich des § 616 zu machen, wie sie den § 616 umgehen resp. außer Wirkung setzen könnten, sie bräuchten nur den Spuren der Kammer VII des Berliner Gewerbegerichts zu folgen und, ob sie den Kranken entlassen oder nicht, sich auf den Ausschluß der Kündigung zu berufen, dann wäre jede Krankheit eine verhältnismäßig erhebliche Zeit, nach der Kündigungsfrist bemessen. Und wenn ein Arbeiter 20 Jahre ununterbrochen in einem Betriebe beschäftigt wäre, so wäre bei Ausschluß der Kündigung schon eine Krankheit von einem Tage „erheblich“.

Dieser Hinweis genügt wohl schon, um die Haltlosigkeit dieser Urteilsbegründung darzutun. Aber § 616 des BGB. erkennt auch nach seinem Wortlaut eine längere als dreitägige Krankheit oder sonstige Behinderung als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ an durch die Bestimmung, daß sich der zur Dienstleistung Verpflichtete bei Behinderung von der „Vergütung“ den Betrag anrechnen lassen müsse, welcher ihm für die Zeit der Behinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Krankens- oder Unfallversicherung zukommt. Da wohl wenige Krankenkassen die ersten drei Tage bezahlen, so ergibt

sich schon daraus, daß der Gesetzgeber eine längere als dreitägige Behinderungszeit als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche“ angesehen wissen wollte. Im übrigen weisen die Motive zum Entwurf dieses Gesetzesparagraphen ausdrücklich darauf hin, daß dessen Wohlthaten auch den Wehrpflichtigen zugute kommen sollen. Und da die kürzesten militärischen Übungen gewöhnlich 14 Tage dauern, so ist hiermit gesagt, daß auch 14 Tage noch eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit sein können. Und das beweist, daß niemals die Kündigungsfrist als Maßstab angenommen werden könne, um festzustellen, ob eine Krankheitsdauer oder eine Behinderung „erheblich“ oder „nicht erheblich“ ist. Und da der Gesetzgeber eine bestimmte Zeitbegrenzung unterlassen hat, so bleibt nur eins übrig, daß die Zeit der Behinderung an der Dauer des Arbeitsverhältnisses gemessen wird, ob sie „erheblich“ oder „nicht erheblich“ ist. Auf diesen Standpunkt haben sich die Gewerbegerichte bisher wohl ohne Ausnahme gestellt, und so kann es auch nur richtig und dem Gesetze entsprechend sein, so hat es der Gesetzgeber gewollt.

Lohnbewegungen in Thüringen 1903.

Wie im ganzen Bereich des Verbandes im vergangenen Jahre die Lohn- und Tarifbewegungen großen Umfang angenommen und den Mitgliedern in den betreffenden Orten mehr oder minder große Erfolge gebracht haben, so war auch der Gau VII (Thüringen) reich an Lohnbewegungen, die mit Ausnahme derjenigen, wo die Kollegen die Bauzeit und Gleichgültigkeit noch nicht abgestreift haben, zu unseren Gunsten ausgefallen sind. Es ist so inter. statt wie lehrreich und aufklärend wirkend, zu erfahren, welche finanzielle und sonstige Verbesserungen die Organisation für ihre Mitglieder wie für die selber noch Jüngeren zu schaffen willens und in der Lage ist. Von den ca. 2500 in Thüringen beschäftigten Brauereiarbeitern sind leider nur gegen 600 organisiert, und ist in Anbetracht dessen der Erfolg doppelt hoch anzuschlagen.

In den Orten Pontis, Greiz, Gera, Langenberg, Eisenberg, Saalfeld, Koburg, Weimar und Gotha, in zusammen 25 Betrieben mit 653 Arbeitern, wovon 411 organisiert, wurden Forderungen eingereicht, die außer in Koburg (wo die eine Brauereileitung die Bunte zwang, sich mit den Verhältnissen zufrieden zu erklären, die übrigen Betriebe auf unsere Ermahnung die Verbesserungen freiwillig (?) bewilligten, nur um nicht mit den Vertretern der Organisation in Verbindung zu kommen) im wesentlichen bewilligt wurden.

Fassen wir die erzielten Verbesserungen summarisch zusammen: Für 615 Arbeiter (davon 403 organisiert) in 23 Betrieben wurde eine jährliche Mehrerinnahme am Lohn von 44 206 Mk. erzielt, oder pro Arbeiter durchschnittlich rund 80 Mk. Die Netto-Arbeitszeit wurde in 23 Betrieben mit 307 Arbeitern um 1/4-1/2 Stunden täglich verkürzt und ergibt dieses pro Jahr, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, eine Verminderung der Arbeitszeit von 62 560 Arbeitsstunden; in 7 Betrieben mit 169 Arbeitern wurde noch außerdem die Sonntagsarbeit um jährlich 14 370 Stunden verkürzt, zusammen eine Verminderung der Arbeitszeit jährlich um 78 930 Stunden, was einer jährlichen Arbeitsleistung von 26 Arbeitern pro Tag 10 Stunden gerechnet, gleichkommt. Diese Verkürzung der Arbeitszeit ergibt bei einem Stundenlohn von nur 4 Stunden 35 Pf. gerundet eine weitere Lohnsumme von 26 625 Mk. Bezahlung der Ueberstunden wurde verschiedentlich eingeführt, verschiedentlich erhöht. In 7 Betrieben mit 117 Arbeitern werden jetzt die Ueberstunden mit 50 Pf. bezahlt und in einem Betriebe erhalten jetzt die (9) Hilfsarbeiter dieselben mit 40 Pf. bezahlt; in 3 Betrieben mit 85 Personen trat eine erhöhte Bezahlung von 40 auf 50 Pf. ein. Im Effekt ist dieses gleichbedeutend mit einer weiteren Regelung resp. Verkürzung der Arbeitszeit, denn nach allgemeiner Ermahnung vermindern sich die Ueberstunden bei Bezahlung resp. höherer Bezahlung. Dasselbe ist auch bei der Bezahlung der Sonntagsarbeit der Fall. In 6 Betrieben mit 234 Arbeitern wurde die Bezahlung der Sonntagsstunden von 40 auf 50 Pf. erhöht, in 5 Betrieben mit 126 Arbeitern wird die Arbeitszeit von der dritten Stunde ab mit 50 Pf., zum Teil auch mit 60 Pf. bezahlt, 2 Betriebe mit 22 Arbeitern zahlten 50 Pf. und 1 Betrieb mit 9 Arbeitern zahlte 60 Pf. für jede Sonntags zu leistende Arbeitsstunde. In dieser Beziehung sind demnach für 391 Arbeiter in 14 Betrieben die Verhältnisse einer Regelung unterzogen worden. Auch bei der Mitarbeiter bis abends 10 Uhr und sogar bis über Mitternacht hinaus ausgebehaltenen Sonntags-Du Jour fanden Regelungen statt, und wurde dabei folgendes erzielt: In vier Betrieben mit 166 Arbeitern ist eine erhöhte Bezahlung derselben von 50 Pf. auf 3,50 Mk. eingetreten, in 6 Betrieben mit 169 Arbeitern wird dieselbe mit 3 Mk., in 1 Betriebe mit 14 Arbeitern mit 1,50 Mk. und in 2 Betrieben mit 60 Arbeitern mit 2 Mk. bezahlt. Die Bezahlung und Regelung der Sonntags-Du Jour erstreckt sich also auf 409 Arbeiter in 13 Betrieben; ein Betriebsleiter erklärte, wenn er die Sonntags-Du Jour bezahlen müsse, werde sie abgeschafft, was auch geschah. In bezug auf Urlaub sind in 11 Betrieben mit 314 Arbeitern begünstige Abmachungen getroffen, und zwar wird Urlaub bei vollem Lohn gewährt: in 6 Betrieben mit 142 Arbeitern nach jährlicher Tätigkeit in Betrieben 3 Tage, in 1 Betriebe mit 9 Arbeitern nach 5jähriger Tätigkeit 3 Tage und in 4 Betrieben mit 163 Arbeitern nach 5jähriger Tätigkeit 3 Tage und nach 10jähriger Tätigkeit 6 Tage. Bei Versäumnissen in Krankheitsfällen sind folgende Vereinbarungen getroffen worden: In 1 Betriebe mit 87

Arbeitern wird den Verheirateten vom 4. bis 15. Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet, in 11 Betrieben mit 196 Arbeitern allen Arbeitern das gleiche vom 1. bis 14. Tage. Diese Vereinbarung kostet bei normalen Verhältnissen (Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1903) den 12 Betrieben 4100 Mk. jährlich, welches den Erkrankten zugute kommt. Bei Versäumnissen infolge Einberufung zu militärischen Übungen wird in acht Betrieben mit 139 Arbeitern während der ersten 14 Tage der volle Lohn bezahlt, in 5 Betrieben mit 172 Arbeitern für Verheiratete 1/2, für Ledige die Hälfte des Lohnes für 14 Tage, in 1 Betriebe mit 14 Arbeitern die Hälfte des Lohnes für 14 Tage, in 2 Betrieben mit 41 Arbeitern die Differenz zwischen Lohn und Familienunterstützung für 14 Tage und in 1 Betriebe mit 87 Arbeitern pro Tag 1 Mk. bis zum Gesamtbetrage von 30 Mark, so daß in dieser bezügl. Regelung 453 Arbeiter in 17 Betrieben einbezogen sind. Diese Ausgaben der Brauereien werden sich nach den augenblicklichen Altersverhältnissen auf jährlich ca. 500 Mk. belaufen. Außerdem werden laut der Vereinbarungen in einer Anzahl Betrieben bei Versäumnissen infolge Weerdigungen, Kontrollveranlassungen, Krankheit in der Familie und sonstigen Abhaltungen Abzüge am Lohn nicht gemacht, und sind unter diesen Vereinbarungen 11 Betriebe mit 323 Arbeitern einbezogen. In 2 Betrieben wurden die Wäscheleistungen geschaffen bzw. verbessert; in 2 Betrieben wurde der Monatslohn in Wochenlohn umgewandelt. Für die Berufsfahrer wurden in 2 Betrieben die Bandentouren besser gestellt, in 2 Betrieben die Höhe der Ueberzahlung festgelegt, in 2 Betrieben erhalten die Bierfahrer für Bedienung der Kunden im Wirtshaus der Stadt und der näheren Umgebung abends nach 6 Uhr pro Abend 1 Mk. extra vergütet. In einem Betriebe wird bei 6 Liter Freibier das nicht getrunkene Bier bis zu 3 Liter mit 15 Pf. pro Liter vergütet.

Was am meisten Beachtung verdient, ist die Anerkennung der Organisation. Wenn wir auch anfangs teils auf Schwierigkeiten gestoßen sind, haben wir doch den Brauereien die Ueberzeugung beigebracht, daß von einer Tarifvereinbarung und geregelten Verhältnissen auch sie Nutzen haben. Nur im Bürgerlichen Brauhaus, Saalfeld, kam es infolge Nichtanerkenntnis der gewählten Vertreter der Organisation und infolge des abweichenden Standpunktes der Brauerei zum Streik, der infolge der Einigkeit und der guten Organisation der Beschäftigten nach tägiger Dauer mit vollem Erfolg endete. Während früher die Arbeiterkommissionen bei Differenzen von Pontis nach Pilatus geschickt oder überhaupt abgewiesen wurden, haben jetzt insgesamt 17 Betriebe die Organisation insofern anerkannt, daß ein Schiedsgericht, durch verschiedene Instanzen dargestellt, bei solchen Differenzen entscheidet. In 3 Betrieben regelt eine einseitige Tarifkommission die Streitigkeiten, in 2 Betrieben werden dieselben vom Gewerkschaftsrat und Gewerkschaftsrat, in 5 Betrieben durch die Arbeiterausschüsse, Zweigvereinsleitung und Gewerkschaftsrat, in 6 Betrieben durch die Arbeiterausschüsse und Zweigvereinsleitung und in 1 Betriebe nur durch die eigenen Leute geschlichtet. Schriftliche Kollektivverträge wurden in 8 Orten mit 17 Betrieben vereinbart, außerdem wurden in 3 Orten Verbesserungen erzielt, jedoch nicht in Form von Tarifverträgen festgelegt, 1 Betriebe legte nach einer längeren schriftlichen Verhandlung „freiwillig“ zu, ein Betrieb reagierte infolge der Bauzeit der Arbeiter und der Schwachen Organisation auf unsere Eingabe nicht, während aus 1 Betriebe bei Zusammenstellung dieses des Rittat noch nicht bekannt war. 2 Tarife haben eine 2jährige, 13 eine 3jährige, und 2 eine 4jährige Dauer. 1 Tarif enthält keine Bestimmungen über Kündigung und muß nach Ablauf desselben rechtzeitig ein neuer an Stelle des alten gesetzt werden, bei den übrigen Tarifen ist eine jährliche Kündigung vorgesehen, falls diese nicht erfolgt, behält der alte Tarif je ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Während der Lohnbewegungen haben sich in den genannten Orten 97 Mann angeschlossen, davon sind 42 der Organisation wieder untreu geworden. Warum wohl? Die durch die Organisation für die in Betracht kommenden Brauereiarbeiter geschaffenen Verbesserungen betragen das Vielfache dessen, was sie als Mitglieder an die Organisation zahlen, ganz abgesehen von den Verbesserungen in bezug auf Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit, deren Wert noch nebenbei gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Da ist es nicht nur undankbar, sondern geradezu verwerflich und schämmerhaft, von der Organisation ohne die geringste Gegenleistung die von ihr geschaffenen Vorteile entgegenzunehmen, als wenn es so sein müßte. Das geht alle die noch Unorganisierten in den Städten an, wo die Organisation Verbesserungen geschaffen hat; es ist Ehrenpflicht für diese, daß kein einziger in der Organisation fehlt. Aber auch die Kollegen in den anderen Orten können aus unseren Erfolgen, auf die wir mit Stolz zurückblicken können, wenn auch noch viel zu wünschen übrig bleibt, die Lehre ziehen, was eine gute Organisation zu leisten vermag, und mögen sie nicht ermüden, aufklärend und agitatorisch zu wirken, um immer mehr Brauereiarbeiter für den Verband zu gewinnen, damit auch in den Orten, wo es noch viel notwendiger ist, endlich einmal Wandel geschaffen werden kann. Dinein in den Centralverband deutscher Brauereiarbeiter! muh immer und immer wieder die Lösung und das Bestreben aller Brauereiarbeiter sein.

*) Hierzu wird nachträglich mitgeteilt, daß auch in diesem Betriebe mit 19 Arbeitern (Verein Brauerei Koburg) die Bemühungen nicht ohne Erfolg waren und eine 81/2prozentige Lohnerhöhung, was einer Summe von ca. 1500 Mk. jährlich gleichkommt, Platz gegriffen hat; auch ist der Monatslohn in Wochenlohn, zahlbar freitags, umgewandelt worden. Für Ueberstunden werden 50 Pf. und für solche nach dem ersten 3 Stunden Sonntags 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Des ferneren wird auch bei militärischen Übungen täglich 1 Mk. bis zu 30 Mk. gezahlt.

